
Lambert Lensing (1889 – 1965)

Verleger, Nordrhein-Westfalen

Christopher Beckmann



In den Notizen des britischen Offiziers Chaput de Saintonge über die Mitglieder des Parlamentarischen Rates findet sich über Lambert Lensing folgendes Urteil:

„He was not a prominent member of the Parliamentary Council. Since the establishment of the CDU he has tended increasingly to withdraw from active Party life while placing his wide administrative, constitutional

and industrial knowledge at the disposal of the party when it may be needed. Little interested in day-to-day party politics, Lehr (sic!) is interested in building a political structure which will preserve those German national and social characteristics incorporated in the civic and industrial traditions of Western Germany.“

In diesen Zeilen mischte sich Richtiges mit Falschem. Richtig war, dass Lensing keine herausragende Rolle in der Arbeit des Parlamentarischen Rates spielte und seine politischen Aktivitäten Ende der 40er Jahre eher im Hintergrund stattfanden. Chaput verschwieg allerdings, dass die britische Besatzungsmacht an dieser Zurückhaltung maßgeblichen Anteil hatte. Falsch lag er mit seiner Einschätzung, Lensings Ziel sei in erster Linie die Bewahrung von

Traditionen gewesen. Gerade er leistete einen wichtigen Beitrag zur Sammlung der Anhänger christlicher Politik in der überkonfessionellen Volkspartei CDU und damit zur Revolutionierung des deutschen Parteiensystems.

Geboren wurde Lensing am 14. November 1889 als eines von sechs Kindern des gleichnamigen Dortmunder Verlegers und seiner Frau Wanda. Parallel zu seinem Studium der Rechtswissenschaften erhielt er eine gründliche journalistische und kaufmännische Ausbildung. Nach der Teilnahme am Ersten Weltkrieg trat er 1919 in den väterlichen Zeitungs- und Druckereibetrieb ein. Lambert Lensing sen. war als Verleger und Zentrumsolitiker eine prominente Persönlichkeit, den die ‚Germania‘ nach seinem Tod 1928 gar als den „populärsten Mann in Westfalen“ würdigte. 1875 hatte er in Dortmund die Zeitung „Tremonia“ gegründet, die sich als eine dem Zentrum nahestehende „Meinungszeitung“ verstand und deren offene Kritik an der Innenpolitik Otto von Bismarcks ihm mehrere Prozesse und kurze Haftstrafen eintrug. Ein zentrales Anliegen war Lensing sen. die Herbeiführung einer engen Verbindung zwischen dem Zentrum und seinem Vorfeld, v. a. dem katholischen Vereinswesen. Er leistete so einen wichtigen Beitrag zur Verfestigung und Integration des katholischen Milieus in Dortmund und in Westfalen.

Nach seinem Eintritt übernahm Lambert Lensing jun. mehr und mehr Aufgaben des Vaters und zeigte sich dabei ebenso kampfeslustig. Während des Ruhrkampfes wurde die „Tremonia“ wegen „aufreizender“ Artikel wiederholt kurzzeitig verboten und Lensing selbst für fünf Wochen inhaftiert. Politisch wurde auch er im Zentrum aktiv. 1929 zog er, gewählt im traditionellen „Lensing-Wahlbezirk“ Rheinische Straße/Innenstadt, in die Dortmunder Stadtverordnetenversammlung ein und wurde als unbesoldetes Mitglied in den Magistrat entsandt. Wie sein Vater ließ er sich außerdem in den Vorstand des Augustinus-Vereins

zur Pflege der katholischen Presse und des Verbandes Deutscher Zeitungsverleger wählen. 1930 übernahm er den Vorsitz des Rheinisch-Westfälischen Zeitungsverlegervereins.

In der Auseinandersetzung mit der stärker werdenden NSDAP ließen die Stellungnahmen der „Tremonia“ an Deutlichkeit wenig zu wünschen übrig. So hieß es am 8.7.1930, die Nationalsozialisten arbeiteten „vorzüglich“ mit Ressentiments: „Weckung des sozialen Neidgefühls, des Rassen- und Klassenhasses“. Als die NSDAP 1932 bei den Preußischen Landtagswahlen in Dortmund ein schwaches Ergebnis erzielte, erklärte die Partei-Zeitung „Rote Erde“, man sehe sich hier einer Presse gegenüber, „die landauf, landab als die schmutzigste Deutschlands gilt“. Unmittelbar nach der „Machtergreifung“ geriet denn auch die „Tremonia“ ins Visier der neuen Machthaber. War sie zunächst vor den Reichstagswahlen am 5. März 1933 kurzzeitig verboten worden, so drang eine Woche später ein bewaffneter SA-Trupp in die Räume der Firma ein. Dem Eingreifen der herbeigerufenen Polizei war es zu verdanken, dass größere Zerstörungen ausblieben. Das Blatt blieb bei seiner kritischen Linie, weshalb es immer wieder zu Verboten kam.

Angesichts der fortschreitenden Gleichschaltungsbemühungen auch im Pressewesen war, wie Lensing rückblickend notierte, die „Erhaltung des Verlages unter Wahrung der weltanschaulichen Verpflichtung und Tradition“ sein wichtigstes Ziel. Bis 1945 focht er für die institutionelle Selbständigkeit der „Tremonia“, die er tatsächlich bis zuletzt vor dem Zugriff des NSDAP-Pressetrusts bewahren konnte. Nach Inkrafttreten des Schriftleitergesetzes am 1. Januar 1934, das den Einfluss der Verleger stark beschränkte, nutzte Lensing die darin immerhin gegebene Möglichkeit, der Redaktion ‚Richtlinien‘ für die inhaltliche Gestaltung zu geben. So sei die Kulturpolitik „im Geiste positiv-christlicher Grundeinstellung zu behandeln

und zu vertreten“. Ziel war, so Lensing später, „einen von der parteiamtlichen Presse differenzierten Zeitungstyp zu schaffen“. Dies sei zumindest einige Jahre lang recht gut gelungen. Allerdings war ihm wohl bewusst, dass für die mit Geschick verteidigte Eigenständigkeit seines Blattes ein hoher ideeller Preis hatte gezahlt werden müssen. Dennoch bleibt der Erhalt der „Tremonia“ eine bemerkenswerte Leistung angesichts der Bemühungen des Regimes, die im Privatbesitz befindliche bürgerliche Presse zu liquidieren. Nach dem Tod des mutigen Chefredakteurs Karl Maser im Dezember 1940 entwickelte sich das Blatt dann allerdings immer deutlicher im Sinne der Presseanweisungen des Reichspropagandaministeriums, was von Lensing mit „Entsetzen“ beobachtet wurde. Ihm, der seit 1940 als Hauptmann der Reserve in der Abteilung Propaganda beim Oberkommando der Wehrmacht in Berlin Dienst tat, seien aber „die Hände gebunden“ gewesen. Er nannte später drei Gründe für die zu Verdächtigungen führende Tatsache, dass er als einer der ganz wenigen katholischen Verleger seine Zeitung hatte erhalten können. Sie können auch aus heutiger Sicht einige Plausibilität beanspruchen. Einmal habe seine Zugehörigkeit zur Wehrmacht einen gewissen Schutz gegen die Anstrengungen Dortmunder Parteistellen geboten, ihn „abzuschießen“. Ferner habe der Stabsleiter des Reichspresseamtes, Rolf Rienhardt, bürgerliche Zeitungen als „fachliche Konkurrenz gegenüber der lahmen Gaupresse“ bestehen lassen. In der Tat hatte dieser sich für den Erhalt bestimmter bürgerlicher Blätter eingesetzt, weil er der Auffassung war, diese würden von der Bevölkerung als glaubwürdiger betrachtet als die Parteiorgane. Schließlich habe die Rivalität zwischen den Gauleitern von Essen-Westfalen-Süd und Westfalen-Nord eine Rolle gespielt.

Lensing traf sich bis Kriegsende etwa alle drei Monate mit einem kleinen Kreis von Verlegern zum Meinungsaus-

tausch, zur Abstimmung von Maßnahmen gegen Verbote oder Enteignungen und zur Erörterung von Plänen für eine zukünftige Neuordnung des deutschen Pressewesens. Er war ferner Mitglied des sog. Flüster- oder Murrelkreises in Dortmund, der regelmäßig das vertrauliche Gespräch über politische Fragen pflegte und Informationen austauschte. Lensing war sicherlich kein Widerstandskämpfer, gehörte aber ebenso wenig zu jenen, die aus Opportunismus oder auch aus Sorge um die wirtschaftliche Existenz ihrer Familien die Seiten wechselten.

Nach schweren Zerstörungen im März 1945 kam das endgültige Ende der „Tremonia“ mit dem Einmarsch alliierter Truppen in Dortmund am 13. April 1945. Auch privat hatten Lambert Lensing und seine Frau Louise schwere Verluste zu tragen. Der jüngere Sohn, Helmut Heinrich, fiel 1943 in Russland, der ältere, der ebenfalls den Namen Lambert erhalten hatte, war an der Ostfront vermisst und wurde 1957 für tot erklärt.

Die Schwäche der Weimarer Demokratie und die Erfahrungen der NS-Zeit ließen Lambert Lensing nach Kriegsende zu einem leidenschaftlichen Verfechter des politischen Zusammenschlusses von Protestanten und Katholiken werden. In Gesprächen mit ehemaligen Zentrumsmitgliedern, Geistlichen und christlichen Gewerkschaftern kam er zu der Einsicht, dass es notwendig sei, „den Vorstoß zur Vereinigung evangelischer und katholischer Christen in einer politischen Partei zu wagen“. Nachdem am 29. Mai 1945 der britische Stadtkommandant die Einrichtung von Parteibüros erlaubt hatte, unterbreitete Lensing mit anderen ein Gesuch um Wiederezulassung der Zentrumspartei. Den überkommenen Namen wählte man aufgrund der Befürchtung, eine ‚neue‘ Partei werde keine rasche Genehmigung erhalten. Wie Lensing dem Oberbürgermeister mitteilte, werde man aber so arbeiten, „daß dem erstrebten Zusammenschluß mit den evangelischen Kräften der Weg nicht verbaut, sondern geöff-

net wird“. Lensing war in der Folge an allen wichtigen Etappen in der Gründungsgeschichte der westfälischen CDU beteiligt. Auf einer Versammlung am 13. August 1945 in Watterscheid wurde schließlich beschlossen, dass an Stelle des Zentrums eine neue Partei zu schaffen sei, „die allen demokratisch gesonnenen Deutschen eine politische Heimstätte sein kann, die beim Wiederaufbau Deutschlands die Durchdringung des politischen Lebens mit den Grundsätzen des Christentums teilhaben wollen“. Lensing sollte den Vorsitz übernehmen und bei der Gründungsfeier „über die Entwicklung und den Sinn der neuen Partei“ sprechen. Als er am 2. September 1945 im Bochumer Parkhaus das Wort ergriff, konstatierte er, die Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft seien „ein ebenso bitterer wie ernster Lehrmeister gewesen“, in denen „nicht ein Kulturkampf [...], sondern eine Christenverfolgung“ stattgefunden habe, in der sich „die aktiven Anhänger beider Kirchen [...] gegenüber den Irrlehren des Nationalsozialismus als standhaft“ erwiesen hätten. Dadurch sei eine Veränderung im Verhältnis der Konfessionen zueinander eingetreten. Man sei „im Begriff, eine in Deutschland revolutionäre Tat zu begehen, den Versuch zu machen, eine einheitliche christliche Front zu bilden. [...] Wir bringen mit uns die gute und ehrwürdige Tradition der Väter und lassen hinter uns alle trennenden Gedanken und Überlieferungen aus der Geschichte der Gegensätzlichkeit der Konfessionen.“

Auch verlegerisch wurde Lensing wieder aktiv und übernahm den Vorsitz des Rheinisch-Westfälischen Zeitungsverlegervereins, der sich um den Neuaufbau des Pressewesens in der Region bemühen sollte. Sein im Februar 1946 eingereichter Antrag auf Erteilung einer Lizenz für eine CDU-nahe Zeitung mit dem Namen „Ruhr-Nachrichten“ wurde jedoch durch die britischen Besatzungsbehörden abgelehnt, da inzwischen Stimmen laut geworden waren, er sei ein NS-Sympathisant und -Profiteur gewesen. Sie

wuchsen sich bald zu einer regelrechten Kampagne aus, in der sich offenbar persönliche, politische und geschäftliche Motive miteinander verknüpften. Begründet wurde die Ablehnung mit einem angeblichen Antrag auf Aufnahme in die NSDAP, der Tätigkeit im Oberkommando der Wehrmacht sowie dem Weitererscheinen der „Tremonia“, das einer Unterstützung des NS-Regimes gleichgekommen sei. Der tief getroffene Verleger betonte, dass er niemals um die Mitgliedschaft in der NSDAP nachgesucht habe und schilderte ausführlich sein Bestreben, die katholische Presse vor dem Zugriff der braunen Machthaber zu bewahren. Die „Tremonia“ habe trotz mancher Kompromisse und Probleme bis zuletzt die Aufgabe erfüllt, „Bindeglied und Zeichen für die den Nationalsozialismus ablehnenden Teile der Bevölkerung“ zu sein. Daher erscheine ihm deren Erhaltung nicht als Belastung, sondern als Leistung. Um die junge Partei vor Schaden zu bewahren, trat Lensing am 29. März 1946 vom Amt des Landesvorsitzenden zurück. In der Folgezeit bemühte er sich intensiv um seine Rehabilitation, die sich bis in den Dezember 1948 hinzog. Am 1. März 1949 konnte schließlich die erste Ausgabe der „Ruhr-Nachrichten“ erscheinen.

In der Zwischenzeit blieb er daran beteiligt, Westfalen-Lippe zu einem der stärksten Landesverbände der CDU auszubauen. Am 13. Juni 1948 teilte sein Nachfolger Johannes Gronowski, der sich als Übergangsvorsitzenden betrachtete, ihm mit, er und der stellvertretende Landesvorsitzende Holzapfel hätten besprochen, „daß Sie [...] mir einen Teil der Arbeit bis auf weiteres abnehmen“. Dies könne „ohne besondere Rücksprache“ erfolgen. Lensing vertrat die westfälische Union wiederholt bei Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und war faktisch ihr Ko-Vorsitzender.

Auch verbandspolitisch wurde er wieder aktiv, gehörte 1949 zu den Mitgründern des Bundesverbandes Deutscher

Zeitungsverleger. Er verfocht die Autonomie und Richtlinienkompetenz des Verlegers, aber auch dessen persönliche Verantwortlichkeit und stand genossenschaftlichen Modellen skeptisch gegenüber. Schon im Sommer 1945 hatte er gegenüber Konrad Adenauer seine Vorstellungen dargelegt. Er wünschte „eine vielgestaltige Presse auf der Grundlage gesunden Wachstums und bewährter Tradition bei selbstverständlicher Ausscheidung alles politisch nicht Bewährten sowie der reinen Geschäftspresse“. 1947 präzierte er in einem längeren Artikel seine Auffassung von den Aufgaben einer Zeitung. Diese müsse „einen Spiegel des öffentlichen Lebens gestalten“. Dabei handele es sich nicht in erster Linie um ein Geschäft, sondern um eine politische Aufgabe. Der Leser solle durch Information zum eigenen Urteil befähigt, nicht aber bevormundet werden. Er verfocht aber im Bereich des Presserechts auch das Prinzip der wehrhaften Demokratie, das eines der wesentlichen Merkmale des Grundgesetzes wurde.

Im Parlamentarischen Rat hielt Lensing sich mit Diskussionsbeiträgen zurück und ergriff im Plenum nicht ein einziges Mal das Wort. Er war ordentliches Mitglied des Finanzausschusses, aus dem er wiederholt seiner Fraktion Bericht erstattete. Daneben nahm er als Ersatzmitglied an einer Reihe von Sitzungen des Grundsatzausschusses teil und beteiligte sich hier an der Formulierung der Präambel des Grundgesetzes sowie – wenig überraschend – besonders intensiv an der Debatte über die Behandlung der Presse- und Meinungsfreiheit im Grundgesetz. Dabei plädierte er nachdrücklich dafür, sich im Verfassungstext auf „grundsätzliche Fragen“ zu beschränken und Näheres einem später zu schaffenden Pressegesetz zu überlassen, auch vor dem Hintergrund der zum fraglichen Zeitpunkt noch durchaus unterschiedlichen Handhabung durch die Besatzungsmächte. Zum einen sollte die Freiheit der Presse- und Meinungsäußerung explizit garantiert werden. Zum

anderen sei es aber auch erforderlich, „unter allen Umständen die Presse an die Pflicht zur Treue gegenüber der Verfassung zu binden“. Dies sei die Konsequenz aus dem in der Weimarer Zeit so verheerenden „Mißstand, daß gegen den Staat und die Verfassung gehetzt wurde“. Ebenfalls festgeschrieben werden solle die „Pflicht zur Wahrheit“, eine Forderung, die wohl nicht zuletzt den schmerzhaften Erfahrungen während der gegen ihn gerichteten Kampagne geschuldet war. Die endgültige Fassung der Art. 5 und 18 GG dürfte Lensings Intentionen weitgehend entsprochen haben. Neben den genannten Aktivitäten gehörte er einem überfraktionellen Dreierausschuss „zur Unterstützung für notleidende Abgeordnete“ an und wurde in den „Flaggenausschuß“ entsandt, der die zahlreichen eingegangenen Entwürfe für die Gestaltung der Bundesflagge zu sichten hatte. Hinzu kam die Aufgabe, mit Hilfe seiner Verbindungen die Presse im Sinne seiner Fraktion zu unterrichten.

1951 übernahm Lambert Lensing auch formell wieder die Führung des westfälischen Landesverbandes. Von 1954 bis 1958 war er auch Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtages und hier stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Mit Konrad Adenauer pflegte Lensing ein gutes Verhältnis. Er stellte in dessen Augen als Unternehmer wohl ein nützliches Gegengewicht zum gerade in Nordrhein-Westfalen starken Arbeitnehmerflügel der CDU dar, was schon bei seiner Nominierung für den Parlamentarischen Rat eine Rolle gespielt haben dürfte. Wie Adenauer stand er dem Gedanken eines ‚christlichen Sozialismus‘ ablehnend gegenüber, wie dieser sah er keine Möglichkeit einer dauerhaften Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten. Bei aller Unterstützung der Politik des Kanzlers achtete Lensing aber auf journalistische Unabhängigkeit. So hielt er dem wiederholt deutlich zum Ausdruck gebrachten Missfallen des Kanzlers zum Trotz an der Eigenständigkeit ‚seiner‘ Westfalen fest und erteilte allen Plänen zur Fusion mit

den ungeliebten Rheinländern eine klare Absage. Als Lensing im Sommer 1959 den Landesvorsitz abgegeben hatte und von den Parteitagsdelegierten bei dieser Gelegenheit als „heimlicher Herzog von Westfalen“ gefeiert worden war, dankte Adenauer ihm „für alles das, was Sie für unsere CDU in den vielen Jahren geleistet haben und besonders dafür, dass Sie mir auch in schwierigen Situationen immer als Helfer zur Seite gestanden haben“.

Ein Motiv für den Rücktritt waren zunehmende gesundheitliche Schwierigkeiten, die sich nach dem Tod seiner Gattin Louise im Jahre 1956 verstärkt hatten und ihn zwangen, sich auch aus seinem Unternehmen mehr und mehr zurückzuziehen. Lambert Lensing starb am 25. April 1965 und wurde unter großer öffentlicher Anteilnahme in Dortmund an der Seite seiner Frau beigesetzt.

Lit.: Fritz BRICKWEDDE: Die Frühgeschichte der westfälischen CDU. Magisterarbeit, Westfälische Wilhelms-Universität Münster 1978; Michael BAUS: Gründung und Aufbau der CDU in Dortmund 1945–1946, in: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark, Bd. 79, Dortmund 1988, S. 145–177; DERS.: Lambert Lensing und die Gründung der CDU in Westfalen, in: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark, Bd. 81/82, Dortmund 1990/91, S. 211–235; Jürgen Benedikt HÜFFER: Vom Lizenzpressesystem zur Wettbewerbspresse. Lizenzverleger und Altverleger im Rheinland und in Westfalen 1945–1953/54, München 1995; 125 Jahre Lensing-Medien. Ein Verlagshaus in Westfalen 1870. 1995. Nach einer Vorlage von Rudi Strauch, Münster 1995; Fritz HOFMANN / Arnold SOMMER: CDU Dortmund, Christlich Demokratische Union Deutschlands – Geschichte einer Dortmunder Partei, Dortmund 1996; Christopher BECKMANN: Lambert Lensing (1889–1965). Zeitungsverleger, Mitgründer der CDU, Landesvorsitzender der CDU Westfalen-Lippe, in: HPM 14 (2007), S. 153–186.

Nachlass: Institut für Zeitungsforschung Dortmund; Hauptstaatsarchiv Düsseldorf; Archiv für Christlich-Demokratische Politik (Bestand Westfalen-Lippe)